



Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Land Berlin

PROTOKOLL

der 71. Delegiertenversammlung vom 23. November 2019

Tagungsort	Ärzttekammer Berlin Friedrichstraße 16, 10969 Berlin
Beginn	9:35 Uhr
Ende	16:30 Uhr
Anwesende	39 Delegierte; 4 Vertreterinnen der PiA/KJPIA, 2 Gäste (temporär) 5 MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle Namensliste der Anwesenden (<i>Anlage 1 zum Protokoll</i>) Einsicht in der Geschäftsstelle
Sitzungsleitung	Herr Nutt, Frau Kranewitz, Frau Dr. Conradi, Frau Bark
Protokollantin	Frau Klötzner (Geschäftsstelle)



Tagesordnung	
TOP 1	Formalia 1.1 Begrüßung 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Stimmenzahl 1.4 Teilnahme von Herrn Prof. Dr. Stellpflug zu TOP 4 1.5 Bekanntgabe der Genehmigung bzw. Nichtgenehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung 1.6 Genehmigung/Ergänzung der TO für die heutige Sitzung/Zeitplan 1.7 Gedenken an verstorbene Mitglieder
TOP 2	Berichte aus dem Vorstand, den Ausschüssen, der PiA Vertretung, von den Beauftragten und der Redaktion Bericht und Diskussion 2.1 Vorstandsbericht 2.2 Bericht des Ausschusses Aus-, Fort-und Weiterbildung 2.3 Bericht des Ausschusses Berufsordnung 2.4 Bericht des Ausschusses Finanzen 2.5 Bericht des Ausschusses Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie 2.6 Bericht des Ausschusses Qualitätssicherung/Wissenschaft/ Forschung 2.7 Ausschuss Satzung – siehe TOP 4 2.8 Bericht des Ausschusses Versorgung 2.9 Bericht der PiA Vertretung 2.10 Bericht aus der Redaktion 2.11 Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen/Inklusion 2.12 Bericht des Kinderschutzbeauftragten
TOP 3	Weitere Berichte Bericht und Diskussion 3.1 AK Psychotherapie mit Älteren 3.2 AK Kostenerstattung 3.3 AK PT bei Menschen mit Lernschwierigkeiten und Intelligenzminderung 3.4 AK spanisch sprechende PPs und KJPs (Projekt LOST) 3.5 Bericht des Schlichtungsausschusses
TOP 4	Bericht Ausschuss Satzung Novellierung der Hauptsatzung der PTK Berlin nach Inkrafttreten des Berliner Heilberufekammergesetzes am 02.11.2018 Teilnahme von Herrn Prof. Dr. Stellpflug ab 11:00 Uhr Vorlage Nr. 121/2019 Diskussion Vorbereitung der Abstimmung ggf. Abstimmung Vorlage Nr. 127/2019 – Antrag Fraktion Bündnis Diskussion und Abstimmung Vorlage Nr. 129/2019 – Antrag PiA Diskussion und Abstimmung
Pause	13:00-14:00 Uhr
Fototermin	DV gesamt und Ausschüsse



TOP 5	Wirtschaftsplan 2020 5.1 Bericht und Entlastung der internen Rechnungsprüfer für 2018 5.2 Entlastung VS 2018 5.3 Festsetzung und Abstimmung des Wirtschaftsplans 2020 Vorlage Nr. 122/2019 Diskussion und Abstimmung 5.4 Festsetzung und Abstimmung der Mitgliedsbeiträge 2020 Vorlage Nr. 123/2019 Diskussion und Abstimmung
TOP 6	Novellierung Fortbildungsordnung / Anpassung an Musterfortbildungsordnung Erste Änderung der Fortbildungsordnung Vorlage Nr. 124/2019 Diskussion und Abstimmung
TOP 7	Ausbildungsreform – neuer Sachstand Diskussion Vorlage Nr. 128/2019 – Antrag Fraktion Bündnis Diskussion und Abstimmung
TOP 8	Nachwahl Besetzung Prüfungs- u. Weiterbildungsausschuss Systemische Therapie Vorlage Nr. 125/2019 (als Tischvorlage) Diskussion und Abstimmung
TOP 9	Teilnahme PTK Berlin am Berliner Firmenlauf Vorlage Nr. 126/2019 Diskussion und Abstimmung
TOP 10	Sonstiges 10.1 DV-Termine 2020: Terminvorschläge 10.2 Koordinierungsgremium

TOP 1 Formalia

1.1 Begrüßung

Herr Nutt eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Delegierten und PiA-Vertreterinnen. Herr Nutt stellt Frau Bark als neues Mitglied der Sitzungsleitung vor. Frau Bark ist Mitglied der Fraktion Vereinigung und darüber hinaus im Ausschuss Finanzen vertreten.

Nach kurzen Informationen zu den organisatorischen Rahmenbedingungen in den Räumen der Ärztekammer beginnt er mit der Abhandlung der Tagesordnungspunkte.

1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen und fristgerechten Einladung – ohne Widerspruch

1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit der DV mit der Anwesenheit von 31, später 39, von 47 Delegierten. Die Delegiertenversammlung (DV) ist beschlussfähig.

1.4 Teilnahme von Herrn Prof. Stellpflug zu TOP 4

Herr Nutt bittet zu beschließen, dass Herr Prof. Dr. Stellpflug die Delegiertenversammlung bei TOP 4 (Novellierung der Hauptsatzung der PTK Berlin) juristisch begleitet und Rederecht erhält.

Abstimmung:

Ergebnis: Ja: 30 Nein: 0 Enthaltungen: 1

Der Antrag ist angenommen.



1.5 Bekanntgabe der Genehmigung bzw. Nichtgenehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Zum Protokoll der 70. DV werden die eingegangenen Änderungswünsche erläutert (*siehe Anlage 2 und Anlage 3 zum Protokoll*).

Abstimmung über Änderungsantrag von Frau Schweitzer-Köhn (Anlage 2 zum Protokoll)

Ergebnis: Ja: Mehrheit (ohne Auszählung) Nein: 0 Enthaltungen: 0

Der Antrag ist angenommen.

Abstimmung über Änderungsantrag von Frau Hesse (Anlage 2 zum Protokoll)

Ergebnis: Ja: Mehrheit (ohne Auszählung) Nein: 0 Enthaltungen: 0

Der Antrag ist angenommen.

Abstimmung über Änderungsantrag von Frau Dr. Conradi (Anlage 3 zum Protokoll)

Ergebnis: Ja: Mehrheit (ohne Auszählung) Nein: 0 Enthaltungen: 0

Der Antrag ist angenommen.

Herr Nutt gibt bekannt, dass das Protokoll der vorangegangenen 70. DV mit den Änderungen genehmigt ist.

1.6 Genehmigung/Ergänzung der TO für die heutige Sitzung/Zeitplan

Herr Krenz stellt den Antrag, die TOPs 5.1-5.4, TOP 6 sowie TOP 8 direkt nach der Mittagspause zu behandeln. Begründung: Es handelt sich bei den o.g. TOPs um zentrale Punkte, die für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung im nächsten Jahr verabschiedet werden müssen.

Abstimmung:

Ergebnis: Ja: 32 Nein: 0 Enthaltungen: 2

Der Antrag ist angenommen.

1.7 Gedenken an verstorbene Mitglieder

Im Gedenken an die seit der letzten Versammlung verstorbenen KollegInnen verliest Frau Bark Namen, Geburts- und Todestag. Es folgt eine Gedenkminute.

TOP 2

Berichte aus dem Vorstand, den Ausschüssen, der PiA Vertretung, von den Beauftragten und der Redaktion

2.1 Vorstandsbericht

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Frau Hesberg stellt dem Bericht zunächst einleitend Auszüge einer Rede von Herrn Dr. Munz zur Bedeutung des Klimawandels und des Rechtspopulismus für die Arbeit von PsychotherapeutInnen vom 35. DPT voran. Aufgabe der PsychotherapeutInnen sei es, gemeinsam darauf aufmerksam zu machen, dass der Klimawandel und seine Folgen direkt und indirekt die Gesundheit der Menschen berührt.

Frau Hesberg weist in diesem Zuge auf die besondere Situation der TherapeutInnen hin, die vermehrt im Kontakt mit PatientInnen stehen, die Ängste wegen des Klimawandels haben. Die Psychotherapeutenkammern seien daher verpflichtet, sich zum Thema Klimaschutz in verschiedenen Protokoll der 71. DV vom 23.11.2019



Formen zu äußern. Der DPT hat dazu eine Resolution verabschiedet.

Fragen zum Vorstandsbericht:

Herr Dr. Thielen wünscht sich eine Positionierung seitens der Kammer zum Klimaschutz.

Zum Vorstandsbeschluss der Bildung einer Kommission der PTK Berlin zur Umsetzung der künftigen Weiterbildung merkt Herr Dr. Thielen kritisch an, dass der AFW Ausschuss darüber nicht informiert worden ist und er möchte wissen, wieso der Ausschuss AFW nicht primär steuernd mit der Bearbeitung des Themas beauftragt worden ist.

Herr Krenz erläutert, dass Frau Meybohm als Vorstandsmitglied und Mitglied der Fraktion Bündnis informiert war. Herr Krenz unterstreicht, dass der Vorstand mit der Aufgabe betraut ist, gesetzliche Vorgaben umzusetzen. Die Steuerung liege damit klar beim Vorstand. Selbstverständlich werde Herr Dr. Thielen als Ausschussvorsitzender Mitglied der Kommission „Weiterbildung“ sein.

Ein erstes Treffen der Kommission ist für den 18.12.2019 geplant. Die Themen und Absprachen zur Arbeit der Kommission werden Teil dieses ersten Treffens.

Um die Gestaltungsspielräume der Berliner Kammer bei der Umsetzung der neuen Weiterbildungsordnung zu erarbeiten soll auch Herr Prof. Dr. Stellpflug zu rechtlichen Fragen beratend in die Kommissionsarbeit eingebunden werden. Eine offizielle Einladung zum Treffen folgt.

Herr Saecker ergänzt, dass die Kommission ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat. Zur Umsetzung der neuen gesetzlichen Vorgaben ist die Teilnahme verschiedenster Akteure (auch von außerhalb der Kammer und des AFW Ausschusses) notwendig.

Herr Luttermann entschuldigt seine mangelnde Kommunikation gegenüber dem Ausschuss AFW.

Herr Franke wünscht, dass die Zusammensetzung bzw. Gründung einer solchen Kommission in der DV besprochen wird. Herr Krenz wiederholt, dass sich die Aufgaben- und Zielstellung des Vorstandes von denen der Ausschüsse unterscheidet. Die Kommunikation zum Senat läuft z.B. direkt über den Vorstand. Die Ergebnisse der Kommission werden in der DV besprochen, es besteht in keiner Weise die Intention, den Ausschuss AFW nicht ausreichend einzubinden. Als Mitglieder der Kommission wurden im Vorstand festgelegt: Herr Krenz, Herr Luttermann, Herr Saecker, Frau Schweitzer-Köhn, aus dem Hochschulbereich Herr Fydrich, ein weiterer/e VertreterIn der privaten Berliner Hochschulen mit einem entsprechenden Studiengang, Frau Springer, Herr Dr. Thielen, eine Vertreterin von der Berliner PiA-Vertretung, aus der Geschäftsstelle Frau Kemper-Bürger und Frau Engert; temporär beratend Herr Professor Stellpflug.

Die Berufsgruppe der KJPs ist durch die Vorstandsmitglieder abgedeckt.

Die Zusammensetzung repräsentiere ein ausgewogenes Verhältnis von Vorstandsmitgliedern, Delegierten, PiAs, RepräsentantInnen der Hochschulen und Instituten sowie Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle.

Frau Voß ergänzt, dass sie im Kontakt mit dem Edith-Jacobsen-Institut ist und dieses große Interesse an den Ergebnissen der Kommission haben.

Frau Winklmann merkt an, dass dieses Thema sehr passend für den abgesagten Termin des Koordinierungsgremiums gewesen wäre. (Applaus der DV).

Das Koordinierungsgremium wurde mangels eingebrachter Themen abgesagt.

Hinsichtlich der von Herrn Dr. Thielen vorgebrachten Kritik der zu eng gesetzten Frist zur Stellungnahme zum Entwurf der Approbationsordnung erläutert Herr Krenz, dass der Kammer der Entwurf ebenso kurzfristig vorlag und umgehend an den Ausschuss AFW weitergeleitet worden ist.

Frau Winklmann interessieren Details zur Kommission Digitale Agenda der BPtK. Frau Schweitzer-Köhn verweist auf das Treffen des BO Ausschusses am 25.11. und wird danach weiter darüber informieren.

Frau Voß fragt nach Details und zum Teilnehmerkreis zum Besuch im St. Joseph Krankenhaus.



Frau Hillenbrand erläutert: Es handelt sich um eine UAG des Landesbeirates und die Mitglieder wurden durch das Berliner Abgeordnetenhaus berufen. . Das Kammermitglied Frau Ludwig-Körner nimmt am Termin teil.

Frau Dr. Gutz fragt nach Details zur Arbeitsgruppe zu Stepped Care-Modellen der DGPPN. Herr Krenz führt aus, dass die PTK Berlin zunächst nicht an diesem Termin teilnehmen wird. Bisher fehlt zum einen eine Stellungnahme der Kammer. Des Weiteren sind aus seiner Sicht andere Settings besser geeignet, um darüber erstmalig ins Gespräch zu kommen. Im Zuge des kammerinternen Fachtages am 5.12.2019 soll eine Stellungnahme zu diesem wichtigen Thema erstellt werden.

Herr Pauli regt an, dass eine Beteiligung der PTK Berlin an o. g. Arbeitsgruppe zielführend sei, da dort insbesondere über sektorenübergreifende psychotherapeutische Versorgung in Berlin beraten werde. Psychotherapie im Rahmen von SGB IX, Umsetzung des Psychiatriebudgets in Berlin, Komplexbehandlungen von schwer Erkrankten u.a. seien zentrale Themen in dieser Arbeitsgruppe.

Frau Hillenbrand verweist auf Flyer und Dokumente, die am Empfangstresen ausgelegt wurden . Zum einen eine Abfrage der Fachstelle Traumanetz zu Angeboten ambulanter Therapieplätze für gewaltbetroffene Frauen und ihren Kindern sowie ein Flyer des Projektes Medizin Hilft e.V., das laufend auf der Suche nach ehrenamtlichen UnterstützerInnen ist.

2.2 Bericht des Ausschusses Aus-, Fort-und Weiterbildung

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Schwerpunkt der Arbeit war die Auseinandersetzung mit dem Entwurf der der Approbationsordnung.

Keine weiteren Fragen zum Bericht.

2.3 Bericht des Ausschusses Berufsordnung

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Frau Springer wünscht sich einen Austausch mit dem BO Ausschuss im Zuge der Überarbeitung der BO, sie kommt auf Frau Hesse zu.

Keine weiteren Fragen zum Bericht.

2.4 Bericht des Ausschusses Finanzen

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Frau Winklmann verweist auf den Diskussionsstand hinsichtlich der Entschädigungsordnung der Prüfungskommission für Fachsprachprüfungen. Die Diskussion wird auf nächstes Jahr verschoben. Derzeit wird die Einführung einer weiteren Entschädigungspauschale in Höhe von 150 € für definierte Gremien überlegt. Frau Trösken ergänzt, dass aus ihrer Sicht eine Pauschale in dieser Höhe immer noch nicht ausreichend sei, sie wird es als nächstes nochmals mit den Kommissionsmitgliedern besprechen.

Keine weiteren Fragen zum Bericht.

2.5 Bericht des Ausschusses Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Frau Voß verweist darauf, dass im Ausschuss immer noch Plätze unbesetzt sind und bittet die betroffenen Listen zu prüfen, inwiefern die Plätze noch besetzt werden könnten.

Keine weiteren Fragen zum Bericht.

2.6 Bericht des Ausschusses Qualitätssicherung/Wissenschaft/ Forschung

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.



Herr Dr. Tossmann verweist auf die Planung einer Veranstaltung zum Thema „Was ist Qualität in der Psychotherapie?“ Ziel der Veranstaltung soll sein, eine Stellungnahme zu den aktuell noch strittigen Aspekten des Konzeptes zur Dokumentation zu erarbeiten (hier v.a. der verpflichtende Einsatz von diagnostischen Messinstrumenten).

Frau Hesse fragt, inwiefern sich der Ausschuss mit den ab 2022 vereinheitlichten Dokumentationspflichten beschäftigt.

Frau Schweitzer-Köhn führt aus, dass dies ein Thema im Vorstand war. Der Vorstand sieht das Thema vereinheitlichte / standardisierte Dokumentation eher im BO Ausschuss verankert und das Thema Qualität / Qualitätssicherungsrichtlinie GBA im Ausschuss Qualitätssicherung. Frau Schweitzer-Köhn verweist in diesem Zusammenhang auf bereits existente Vorlagen bei der Psychotherapeutenkammer NRW.

Frau Hesse unterstreicht die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit der ePA und fürchtet einen Mangel an zeitlichen Ressourcen zur Bearbeitung beider Themen im Ausschuss. Frau Springer sieht ebenfalls kritisch, dass hier das Gutachterverfahren abgelöst werden soll, ohne dass akzeptable und bessere Verfahrenswege erstellt werden. Die PTK Berlin soll darüber diskutieren, wie aus Kammersicht Qualität definiert ist.

Herr Dr. Thielen wünscht, in einer der nächsten DVs eine ausführliche Besprechung dieses Themas. Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine Diskussion, die bereits vor Jahren unter dem Stichwort „Therapiemonitoring“ im PTJ geführt wurde.

Keine weiteren Fragen zum Bericht.

2.7 Ausschuss Satzung – siehe TOP 4

2.8 Bericht des Ausschusses Versorgung

Frau Dr. Gutz verweist auf die beiden Veranstaltungen der UAGs, die im September und Oktober stattgefunden haben.

1. Fachgespräch Komplexleistungen am 28.8. und 2. Praxisauslastung am 25.9.

Herr Luttermann, als Vertreter des Vorstandes im Ausschuss, lobt die hervorragende Arbeit des Ausschusses. Frau Isaac-Candeias schließt sich an und lobt die Arbeit aller Ausschüsse.

Keine weiteren Fragen zum Bericht.

2.9 Bericht der PiA Vertretung

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Der Fokus der Arbeit lag auf der Reform des Psychotherapeutengesetzes, hier wird speziell nochmals auf kritische Aspekte verwiesen, die nach Verabschiedung des Gesetzes weiter offen sind.

Herr Saecker bedankt sich seitens des Vorstands für die gute Arbeit der PiA-Vertreterinnen. Herr Dr. Thielen wünscht, dass die kritischen Aspekte weiter besprochen und diskutiert werden. Herr Bertram ergänzt, dass sich vor allem mit der entstandenen Konkurrenz der beiden Gruppen (PiAs und WeiterbildungsassistentInnen) beschäftigt werden muss.

Keine weiteren Fragen zum Bericht.

2.10 Bericht aus der Redaktion

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Keine weiteren Fragen zum Bericht.

Frau Dr. Conradi stellt den Antrag, den Bericht des Kinderschutzbeauftragten noch vor der Pause zu besprechen und vorzuziehen, da Herr Ellesat extra für diesen TOP gekommen ist.



Abstimmung:

Ergebnis: Ja: 34 Nein: 0 Enthaltungen: 1

Der Antrag ist angenommen.

2.12 Bericht des Kinderschutzbeauftragten

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Herr Ellesat berichtet, dass er konstant viele Anfragen erhält.

Angesichts dieser weiter anhaltenden hohen Nachfrage ist mit dem Ausschuss KJP geplant, im nächsten Frühjahr nochmals eine Veranstaltung zum Thema in der Kammer durchzuführen. Teilnehmen sollte u.a. auch Frau Dittberner als Justiziarin der Kammer.

Keine weiteren Fragen zum Bericht.

Kurze Pause 11:00 Uhr - 11:15 Uhr

TOP 4 Bericht Ausschuss Satzung
Novellierung der Hauptsatzung der PTK Berlin nach Inkrafttreten
des Berliner Heilberufekammergesetzes am 02.11.2018
Teilnahme von Herrn Prof. Dr. Stellpflug ab 11:00 Uhr
Vorlage Nr. 121/2019
Vorlage Nr. 127/2019 – Antrag Fraktion Bündnis
Vorlage Nr. 129/2019 – Antrag PiA

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Frau Springer dankt allen Ausschussmitgliedern für die gute Arbeit.

Die Änderungen der Hauptsatzung werden heute, wie in Vorlage Nr. 121/2019 erläutert, abschließend diskutiert und besprochen. Eine abschließende Abstimmung über die Satzung erfolgt noch nicht. Die Ergebnisse der Diskussionen, möglicher Trendabstimmungen und sonstige Anmerkungen fließen in den Änderungsbefehl ein, der in einer der nächsten Delegiertenversammlungen zur abschließenden Abstimmung vorgelegt werden wird.

Die Aufgabe des Satzungsausschusses liegt allein in der formalen Überprüfung von Satzungen und Ordnungen der Kammer vor dem Hintergrund der gegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Es erfolgt weder eine fachliche noch inhaltliche Überprüfung.

Frau Kemper-Bürger ergänzt in diesem Zusammenhang, dass das Berliner Heilberufekammergesetz seitens der Senatsverwaltung noch an das Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung angepasst werden muss und dann die Satzungen und Ordnungen der PTK Berlin entsprechend an das überarbeitete Landesgesetz. Die Anpassung seitens der Senatsverwaltung hat noch nicht begonnen.



Frau Springer erläutert alle die in der Übersicht aufgeführten Änderungen der Hauptsatzung. Folgende Fragen hierzu werden besprochen:

Vorschlag Änderungen/neue Fassung 2019	Fragen / Anmerkungen der DV
§ 4 Aufgaben der Kammer (5) Auf Verlangen von Behörden und Gerichten erstattet die Psychotherapeutenkammer in allen Berufs- und Fachfragen Gutachten, gibt Stellungnahmen ab oder benennt Sachverständige zur Erstattung von Gutachten. Die Psychotherapeutenkammer kann zudem Gutachten über die Angemessenheit einer Gebührenforderung abgeben.	<i>Die DV beschließt die Änderung zweier Begrifflichkeiten:</i> § 4 Aufgaben der Kammer (5) Auf Verlangen von Behörden und Gerichten erstellt die Psychotherapeutenkammer in allen Berufs- und Fachfragen Gutachten, gibt Stellungnahmen ab oder benennt Sachverständige zur Erstellung von Gutachten. Die Psychotherapeutenkammer kann zudem Gutachten über die Angemessenheit einer Gebührenforderung abgeben.
§ 5 Rechte und Pflichten der Kammermitglieder (3) Kammermitglieder und Berufsangehörige nach § 2 Absatz 3 Nummer 1 und 2 Berliner Heilberufekammergesetz haben zum Zweck der Prüfung des Bestehens einer Mitgliedschaft und zur Ermöglichung der Ausübung der Berufsaufsicht innerhalb eines Monats, bei kurzzeitiger Berufsausübung innerhalb von fünf Tagen, nach Beginn der beruflichen Tätigkeit die Aufnahme, die Beendigung und jede Änderung der Berufsausübung sowie die Begründung und den Wechsel des Wohnsitzes oder Tätigkeitsortes anzuzeigen sowie den Ladungen der Psychotherapeutenkammer Folge zu leisten. Sie haben der Psychotherapeutenkammer die gesetzlich erforderlichen Angaben zu machen und die zum Nachweis erforderlichen Unterlagen vorzulegen. ...	Frau Hesse fragt, inwiefern die Notwendigkeit besteht, an dieser Stelle noch aufzunehmen, dass die Kammer entsprechend der gesetzlichen Datenschutzbestimmungen verpflichtet ist, ein Verzeichnis aller an die Telematik angeschlossenen PsychotherapeutInnen zu führen. Frau Springer führt aus, dass die Formulierung ausreichend ist und nicht konkretisiert werden muss.
§ 7 Delegiertenversammlung Die Mitglieder der Delegiertenversammlung werden auf die Dauer von vier fünf Jahren von den Kammermitgliedern in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt...	Frau Fricke fragt, wie die fünf Jahre zustande kommen. Dies entspricht der Vorgabe aus dem BlnHKG § 11 (2) „Die Amtsperiode der Organe beträgt fünf Jahre.“



§ 16 Bekanntmachungen Bekanntmachungen der Psychotherapeutenkammer werden im Mitteilungsorgan oder auf der Homepage der Psychotherapeutenkammer veröffentlicht, soweit nicht durch Gesetz oder Satzung Abweichendes vorgeschrieben ist.	Dr. Betteke van Noort fragt, inwiefern Bekanntmachungen auch bei anderen Veröffentlichungsorganen möglich sind. Herr Prof. Dr. Stellpflug stellt klar, dass hiermit amtliche Bekanntmachungen gemeint sind. Sonstige Nachrichten / Informationen und Berichte können (ggfs. nach Rücksprache mit dem Vorstand) auch an anderen Stellen veröffentlicht werden.
§ 17 In-Kraft-Treten	Herr Franke fragt, warum eine Satzungsänderung heute nicht möglich ist. Herr Prof. Dr. Stellpflug erläutert, dass eine Satzungsänderung nur möglich ist, wenn die Aufsichtsbehörde zustimmt. Daher ist 1. zu klären wie/was die DV ändern möchte 2. mit der Aufsichtsbehörde zu klären, ob die Änderungen wie gewünscht möglich sind; danach sind 3. die Anmerkungen der Aufsichtsbehörde wieder in die DV einzubringen, um die Hauptsatzung 4. final zu beschließen.

Erhöhten Diskussions- und Abstimmungsbedarf gibt es zu § 3 der Hauptsatzung „Gaststatus“. Entsprechend §2 Absatz (2) des BlnHKG ist heißt es: „Personen, die sich in Berlin in der Ausbildung zu einem akademischen Heilberuf nach einer Approbationsordnung befinden, steht auf Antrag eine freiwillige Mitgliedschaft offen, sofern die Satzung der jeweiligen Kammer dies vorsieht. Die Einzelheiten zu den Rechten und Pflichten der freiwilligen Mitglieder sind in der Hauptsatzung zu regeln.“

Zum Umgang mit dieser Möglichkeit liegen zwei Vorlagen zur Abstimmung vor. Vorlage Nr. 127/2019 von der Fraktion Bündnis und Vorlage Nr. 129/2019 von den PiA-Vertreterinnen. Beide Anträge haben zum Ziel, PiAs als freiwillige Mitglieder der PTK Berlin aufzunehmen und ihnen damit Rechte und Pflichten zu gewähren, die Pflichtmitgliedern gleichkommen. Die Vorlagen unterscheiden sich in der Höhe des Beitrags und dem Beginn der Mitgliedschaft. (s.u.)

Beide Vorlagen werden zunächst vorgestellt (Herr Kordt Vorlage Nr. 127/2019; Frau Dr. Betteke van Noort Vorlage Nr. 129/2019).
Frau Springer stellt den GO Antrag, die Diskussion zeitlich auf 30 Minuten zu begrenzen.

Abstimmung:

Ergebnis: Ja: 30 Nein: 8 Enthaltungen: 1

Der Antrag ist angenommen. Debattenende vorgesehen für 12:30 Uhr

Meinungen und Argumente werden gesammelt:

Klarstellung von Unterschieden in den beiden Anträgen:

	Antrag Fraktion Bündnis	Antrag PiAs
Beginn der Mitgliedschaft	mit Beginn der Behandlungserlaubnis	ab Ausbildungsbeginn
Mitgliedsbeitrag	Kostenpflichtig entsprechend der Beitragsordnung	Beitragsfrei



Offene Fragen:

- Eruierung von Detailinformationen bei den Kammern, bei denen PIAs aktuell freiwillig Mitglied werden können
- Umfang der Rechte und Pflichten bei einer freiwilligen Mitgliedschaft
- Ggfs. Überlegung, die Anzahl freiwilliger Mitglieder zu begrenzen
- Schätzung des Verwaltungsaufwands
- Klärung aller finanziellen Auswirkungen und Risiken

Argumente für eine ordentliche freiwillige Mitgliedschaft der PiA:

- in anderen Kammern bereits ohne Probleme etabliert
- Erhöhung der Anzahl an engagierten und jüngeren Mitgliedern in Ausschüssen / Gremien
- wichtiger Schritt zur Nachwuchsförderung
- Wertschätzung der PIAs

Argumente gegen eine ordentliche freiwillige Mitgliedschaft der PiA:

- Grundlegende Veränderung der Mitgliederstruktur der PTK Berlin
- Automatische Verjüngung der Kammer durch neue Gruppe der WeiterbildungsassistentInnen

Argumente für eine beitragsfreie Mitgliedschaft:

- Beitragsfreiheit für PIAs in 6 von 12 Kammern
- Trotz Ausbildungsreform weiterhin schlechte Bedingungen für PIAs
- Höherer Anreiz Mitglied zu werden
- Extrem hohe finanzielle Belastung durch die Ausbildungskosten

Argumente gegen eine beitragsfreie Mitgliedschaft:

- Wenn Erhalt sämtlicher Rechte, dann auch Übernahme sämtlicher finanzieller Pflichten notwendig
- Bei Anwendung der aktuellen Beitragsordnung würden PIAs zum Großteil keinen Mitgliedsbeitrag aufgrund von zu geringen berufsbezogenen Einkünften zahlen

Herr Prof. Dr. Stellpflug ergänzt, dass zunächst noch eine genaue Definition der Unterschiede zwischen „ordentlicher Mitgliedschaft“ und „freiwilliger Mitgliedschaft“ wichtig ist. Darüber hinaus muss die Sichtweise der Aufsichtsbehörde erfragt werden. Bei derzeit ca. 3000 PIAs werden sich bei einer freiwilligen Mitgliedschaft dieser die Wahlverhältnisse stark verändern. Rein formal sind PIAs keine Angehörigen der Berufsgruppe. Mit den WeiterbildungsassistentInnen wird demnächst eine weitere Gruppe dazu stoßen. Herr Prof. Dr. Stellpflug empfiehlt grundsätzlich die Begrifflichkeit WeiterbildungsassistentInnen anstelle von PiW zu verwenden.

Frau Springer schlägt vor, beide Anträge im Satzungsausschuss weiter zu bearbeiten.

Herr Kordt stellt folgenden GO Antrag: Die DV soll eine Trendabstimmung darüber vornehmen, ob PIAs freiwillige Vollmitglieder der PTK Berlin werden sollen oder nicht.

Herr Krenz stellt einen GO Antrag: Die DV solle beschließen, alle heutigen Diskussionsbeiträge und die beiden Vorlagen mitzunehmen und in eine Machbarkeitsstudie zu überführen.

Der Antrag von Herrn Krenz wird von der Sitzungsleitung und von Herrn Prof. Dr. Stellpflug als weiterführender Antrag gewertet und somit zuerst abgestimmt.

Abstimmung: Überführung aller Diskussionsergebnisse und der Vorlagen Nr.127/2019 und Nr. 129/2019 in eine Machbarkeitsstudie

Ergebnis: Ja: 27 Nein: 10 Enthaltungen: 2

Der Antrag ist angenommen.

Frau Springer sichert auf Nachfrage zu, dass es keine Verzögerung bei der weiteren Bearbeitung



des Themas geben wird und die Ergebnisse gleich beim nächsten Treffen des Satzungsausschusses Mitte Dezember und danach im Vorstand weiter besprochen werden.

Prof. Dr. Stellpflug: mit Antrag von Herrn Krenz geht einher, dass ein Meinungsbild eingeholt wurde.

Frau Trösken bringt in Vertretung von Herrn Prof. Fydrich einen Vorschlag zur Benennung der HochschulvertreterInnen ein. Der Antrag/Vorschlag liegt nur wenigen Mitgliedern der DV schriftlich vor.

Frau Springer liegt der Vorschlag vor. Sie bringt diesen gerne in den Satzungsausschuss ein. Frau Trösken zieht den Antrag/Vorschlag zurück. Es erfolgt die Überweisung an den Satzungsausschuss.

Die DV bedankt sich für die Teilnahme von Herrn Prof. Dr. Stellpflug.

13:00 Uhr Beginn der Pause – die Pause wird genutzt, um Fotos von der DV und den Ausschüssen zu machen.

14:00 Uhr Fortsetzung der Sitzung

2.11 Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen/Inklusion

Frau Dr. Ertle berichtet von ihren Aktivitäten als Beauftragte für Menschen mit Behinderungen/Inklusion. Sie präsentiert die Ergebnisse einer Blitzumfrage zur Barrierefreiheit von Praxen psychologischer PsychotherapeutInnen bzw. Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen mit Kassenzulassung, die sie gemeinsam mit einem Praktikanten vorgenommen hat. Die Präsentation liegt dem Protokoll bei (Anlage 4 zum Protokoll)

Als Fazit der Blitzumfrage ergeben sich drei konkrete politische Forderungen, die für die weitere Arbeit im Vorstand und in den Ausschüssen relevant sind:

- psychotherapeutische Einrichtungen und Angebote müssen barrierefrei zugänglich sein
- kassenärztliche Vereinigungen sind in der Verantwortung
- für neue Praxiszulassungen muss das Kriterium Barrierefreiheit entscheidend sein

Anmerkungen / Fragen:

- Frau Bark fragt nach der Definition des Begriffes Barrierefreiheit?
Die KV hat den Begriff definiert. Wenn Barrierefreiheit angeklickt wird, dann meist in Bezug auf die Zugänglichkeit für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Nur sehr selten sind Praxen für Menschen mit Sehbehinderung oder mit Hörschädigungen ausgestattet.
- Frau Hillenbrand sieht die Notwendigkeit eines Fortbildungsangebotes als Teil der Aus- und Weiterbildung.
- Herr Pauli verweist darauf, dass sich Beratungsstellen und andere Institutionen in denen PPs / KJPs im Angestelltenverhältnis tätig sind, sehr bemühen, Barrierefreiheit zu gewährleisten.
- Mögliche Kooperation mit der KV in diesem Punkt ins Auge fassen
- Problematik liegt zumeist im Vorhandensein von bezahlbaren Praxisräumen und baulichen Vorschriften, die oft mit hoher finanzieller Belastung verbunden sind.
- Frau Hesse verweist auf die bezirklichen Steuerungsrunden an den denen städt. Wohnungsbau-gesellschaften und der / die Behindertenbeauftragte/r des Bezirks teilnehmen, ggfs. sollte man hier Kontakt aufnehmen.
- Lösung in Form eines Angebots in einer Zweitpraxis, die barrierefrei ist (z.B. 1x wöchentlich)
- Mehr Mut zur Improvisation
- Möglichkeiten von Videobehandlung nutzen
- Verweis auf Ressourcenengpässe im Rahmen der Psychotherapierichtlinie



TOP 3 Weitere Berichte

3.6 AK Psychotherapie mit Älteren

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Frau Winklmann berichtet. Nach Austritt von Frau Röseler haben Frau Winklmann und Frau Meybohm den AK zunächst geleitet. Zukünftig werden Herr Klostermann und Frau Michel Teil des Arbeitskreises sein.

Keine weiteren Fragen zum Bericht.

3.7 AK Kostenerstattung

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Herr Saecker hebt den hohen Vernetzungsgrad über eine google-Gruppe hervor.

Keine weiteren Fragen zum Bericht.

3.8 AK PT bei Menschen mit Lernschwierigkeiten und Intelligenzminderung

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Keine weiteren Fragen zum Bericht

3.9 AK spanisch sprechende PPs und KJPs (Projekt LOST)

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Frau Isaac-Candeias lobt die gute Arbeit der Projektgruppe Lost. Herr Dr. Tossmann fragt, wie das Projekt finanziert wird.

Die Projektmittel der DAK sind erschöpft und das Projekt zunächst beendet. Derzeit wird die Überführung des Projektes in zwei Varianten gedacht. Variante 1 Anbindung an eine große Institution (wird präferiert) oder Variante 2 als individual Präventionsangebot von Krankenkassen. Des Weiteren wird ein Gespräch mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung (Frau Widmann-Mauz) stattfinden.

keine weiteren Fragen zum Bericht.

3.10 Bericht des Schlichtungsausschusses

Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Herr Krenz erklärt auf Nachfrage von Frau Voß den Unterschied zwischen der Ombudsstelle und der Schlichtungsstelle. Die Ombudsstelle stellt ein niedrighschwelliges Beratungsangebot dar, an die man sich (auch anonym) wenden kann. Der Schlichtungsausschuss richtet sich an zerstrittene Parteien. Im Zuge eines Schlichtungsverfahrens soll zwischen den Parteien eine Einigung vermittelt werden. Frau Isaac-Candeias wünscht sich, dass das Beschwerdeverfahren nochmals mit Rahmen einer DV im Detail vorgestellt wird.

keine weiteren Fragen zum Bericht.

TOP 5 Wirtschaftsplan 2020

5.1 Bericht und Entlastung der internen Rechnungsprüfer für 2018

5.2 Entlastung VS 2018

5.3 Festsetzung u. Abstimmung des Wirtschaftsplans 2020 - Vorlage Nr.122/2019

5.4 Festsetzung u. Abstimmung der Mitgliedsbeiträge 2020-Vorlage Nr. 123/2019

5.1 Bericht und Entlastung der internen Rechnungsprüfer für 2018

Protokoll der 71. DV vom 23.11.2019



Der Bericht liegt allen schriftlich vor.

Frau Lämmel bedankt sich für die sehr gute Arbeit der Buchhaltung der Geschäftsstelle. Die Sitzungsleitung bittet um Entlastung der Rechnungsprüferinnen für die interne Rechnungsprüfung 2018 und Abstimmung über den Rechnungsprüfungsbericht.

Ergebnis: Ja: 35 Nein: 0 Enthaltungen: 1
Die Rechnungsprüferinnen sind entlastet.

Frau Winklmann wünscht, die Anmerkungen im Bericht zu berücksichtigen. Frau Kemper-Bürger ergänzt, dass die Vermeidung von Einkäufen über amazon und die Prüfung einer Umstellung auf einen Öko-Stromanbieter leicht umsetzbar sind. Die ausschließliche Übernahme von Reisekosten die bei innerdeutschen Verbindungen durch die Nutzung der Bahn entstanden sind, geht mit einer Änderung der Entschädigungsordnung einher und bedarf daher einer umfangreicheren Diskussion und Anpassung.

5.2 Entlastung Vorstand 2018

Frau Dr. Conradi beantragt die Entlastung des Vorstands für 2018.

Ergebnis: Ja: 37 Nein: 0 Enthaltungen: 2
Der Vorstand ist damit entlastet.

5.3 Festsetzung und Abstimmung des Wirtschaftsplans 2020 - Vorlage Nr. 122/2019

Frau Hillenbrand erläutert den Wirtschaftsplan für das Jahr 2020. Bei den Einnahmen ist erkennbar, dass die Einführung der neuen Beitragsstufe sehr sinnvoll war.

Fragen: Die Ausgaben für Putzmittel erscheinen mit ca. 1.000 EUR recht hoch. Frau Kemper-Bürger erläutert, dass aufgrund der Vielzahl an Veranstaltungen/Gremiensitzungen in den Räumen der PTK der Verbrauch an Putz- / Reinigungsmitteln hoch ist.

Frau Winklmann merkt an, dass für das Projekt Versorgungsforschung seit einigen Jahren Budget vorgehalten wird, das Projekt aber bisher noch nicht umgesetzt worden ist. Herr Krenz erläutert, dass bisher die zeitlichen Ressourcen zur Umsetzung des Projektes nicht vorhanden waren. Keine weiteren Fragen.

Zur **Abstimmung** kommt die Vorlage Nr. 122/2019 nebst Anlagen 1-9. Gegenstand: Wirtschafts-/Finanzplan 2020 Beschlusstext: gemäß Vorlage Nr. 122/2019 nebst Anlagen 1-9

Ergebnis: Ja: 37 Nein: 0 Enthaltungen: 0
Der Antrag und somit der Wirtschaftsplan 2020 ist angenommen.

Frau Hillenbrand bedankt sich beim Vorstand und allen Mitarbeitenden der Geschäftsstelle für die Erstellung des Wirtschaftsplanes.

5.4 Festsetzung und Abstimmung der Mitgliedsbeiträge 2020 - Vorlage Nr. 123/2019

Frau Hillenbrand erläutert die Vorlagen. Es gibt keine Veränderungen zum Vorjahr bei der Höhe der Beiträge und den Beitragsklassen.

Zur **Abstimmung** kommt die Vorlage Nr. 123/2019 nebst Anlage (Beitragstabelle). Gegenstand: Festsetzung der Mitgliedsbeiträge 2020 Beschlusstext: gemäß Vorlage Nr. 123/2019 nebst Anlage (Beitragstabelle)

Ergebnis: Ja: 38 Nein: 0 Enthaltungen: 0
Der Antrag und somit die Mitgliedsbeiträge 2020 sind angenommen.



Kaffeepause: 15:05-15:20 Uhr

TOP 6 Novellierung Fortbildungsordnung / Anpassung an Musterfortbildungsordnung Erste Änderung der Fortbildungsordnung - Vorlage Nr. 124/2019
--

Herr Saecker erläutert die Vorlage.

Die DV diskutiert im Anschluss die von Herrn Dr. Thielen aufgeworfene Frage wie bei der Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen das Kriterium „Wahrung der weltanschaulichen Neutralität“ definiert ist und wie es geprüft wird (siehe § 7 (4) Fortbildungsordnung). Er würde dieses Kriterium nicht mit aufnehmen.

Folgende Definitionen werden diesbezüglich diskutiert und Argumente für das Belassen des Kriteriums ausgetauscht:

- es dürfen keine Glaubensbekenntnisse im Rahmen der Fortbildungsveranstaltung gepredigt werden.
- Nicht die Person, sondern die Veranstaltung soll weltanschaulich neutral erfolgen.
- Die Verbindung von Fachlichkeit und Glaube und damit eine Konfessionalisierung der Inhalte gilt als nicht neutral.
- Es handelt sich um ein Aufgreifkriterium neben anderen mit denen entschieden wird und über die entschieden wird (eine Entscheidung erfolgt im Fortbildungsbeirat)
- Die Fortbildungsordnung wirkt auch nach außen, daher ist es wichtig das Kriterium zu belassen.
- Frau Springer regt an, ggfs. in Handbüchern der Körperschaften nach einer Definition zu suchen.

Argumente für die Streichung des Kriteriums:

- Das Kriterium ist in der Fortbildungsordnung nicht eindeutig definiert und kann somit nicht überprüft werden.

Frau Isaac-Candeias stellt den GO-Antrag, die Diskussion zu beenden.

Abstimmung:

Ergebnis: Ja: 32 Nein: 2 Enthaltungen: 1

Der Antrag ist angenommen. Die Diskussion ist beendet.

Herr Dr. Thielen stellt folgenden Antrag zur Abstimmung:

Gegenstand: Anpassung der Fortbildungsordnung an Musterfortbildungsordnung – Streichung eines Passus Beschlusstext: § 7 **(4)** der Fortbildungsordnung „(4) die weltanschauliche Neutralität gewahrt ist“ soll gestrichen werden

Ergebnis: Ja: 7 Nein: 26 Enthaltungen: 5

Der Antrag wird abgelehnt. Der Passus verbleibt in der Fortbildungsordnung

Zur **Abstimmung** kommt die Vorlage Nr. 124/2019 nebst Anlagen 1-3 (davon Anlagen 2-3 zur Information/Erläuterung). Gegenstand: Anpassung der Fortbildungsordnung an Musterfortbildungsordnung Beschlusstext: gemäß Vorlage Nr. 124/2019 nebst Anlage 1

Ergebnis: Ja: 34 Nein: 0 Enthaltungen: 3

Der Antrag ist angenommen.



TOP 8 Nachwahl Besetzung Prüfungs-u. Weiterbildungsausschuss Systemische Therapie - Vorlage Nr. 125/2019 (als Tischvorlage)

Herr Säcker stellt die Vorlage Nr. 125/2019 vor.

Zur **Abstimmung** kommt die Vorlage Nr. 125/2019 nebst Anlagen 1-3. Gegenstand: Beschlusstext: gemäß Vorlage Nr. 125/2019 nebst Anlage 1-3

Ergebnis: Ja: 36 Nein: 0 Enthaltungen: 2
Der Antrag ist angenommen.

TOP 7 Ausbildungsreform – neuer Sachstand Vorlage Nr. 128/2019 – Antrag Fraktion Bündnis

Herr Dr. Thielen erläutert die vom Bündnis eingebrachte Vorlage Nr. 128 / 2019. Diese Stellungnahme ist in Ergänzung zur Stellungnahme der BPtK zu sehen. Da die Approbationsordnung noch nicht verabschiedet worden ist, soll die Stellungnahme noch an die Politik geschickt werden.

Zur **Abstimmung** kommt die Vorlage Nr. 128/2019. Gegenstand: Entwurf der Approbationsordnung
Beschlusstext: gemäß Vorlage Nr. 128/2019.

Ergebnis: Ja: 32 Nein: 1 Enthaltungen: 3
Die Resolution ist angenommen (siehe hierzu Anlage 5 zum Protokoll).

TOP 9 Teilnahme PTK Berlin am Berliner Firmenlauf - Vorlage Nr. 126/2019

Herr Melcher und Frau Voß hatten sich bei der letzten DV dazu bereit erklärt, die Rahmenbedingungen und Eckdaten der Teilnahme der PTK Berlin am Berliner Firmenlauf zu prüfen. Die Idee zur Teilnahme am Firmenlauf wurde von Frau Hesse gemeinsam mit dem BO Ausschuss eingebracht.

Eckdaten und erste Ideen:

- Termin ist Mittwoch, 20.5.2020
- Es kann als Mannschaft oder als EinzelläuferIn teilgenommen werden
- Mögliche Sportarten: Laufen, Walken, Skaten
- Distanz: 5.5 km
- Kosten: ca. 40 EUR / Person (inkl. Teilnahmegebühr und Shirt)
- Maximal 30 PTK TeilnehmerInnen
- Nach dem Lauf gemeinsames „Sit-in“
- Frau Rohe liefert Pokale
- Ende ca. 20 Uhr
- Für die PTK laufen dürfen prinzipiell alle, die für die Kammer laufen wollen. Hauptzielgruppe: Mitglieder, Gast-Mitglieder, MitarbeiterInnen der GST.

Herr Melcher und Frau Voß organisieren die nächsten Schritte. Über weitere Details informieren sie im Rahmen der nächsten DV.

Zur Abstimmung kommt die Vorlage Nr. 126/2019. Gegenstand: Teilnahme der PTK am Berliner Firmenlauf
Beschlusstext: gemäß Vorlage Nr. 126/2019.

Ergebnis: Ja: 35 Nein: 0 Enthaltungen: 1
Der Antrag ist angenommen.



TOP 10 Sonstiges

10.1 DV-Termine 2020: Terminvorschläge

Eine Vorlage mit den Terminen liegt allen schriftlich vor.

Zur **Abstimmung** kommt die Vorlage „Terminvorschläge DV 2020“. Gegenstand: Terminfestlegungen für die Delegiertenversammlungen in 2020 gemäß Vorlage

Ergebnis: Ja: 33 Nein: 0 Enthaltungen: 2

Der Antrag ist angenommen.

10.2 Koordinierungsgremium

Das nächste Treffen des Koordinierungsgremiums findet statt am 10.2.2019.

10.3 Sonstiges

Herr Dr. Thielen beantragt, dass die Resolution zum Klimaschutz, die auf dem 35. DPT beschlossen worden ist, auch nochmals von der PTK Berlin verabschiedet wird.
Er liest den Wortlaut der Resolution vor (siehe Anlagen 6 zum Protokoll).

Ergebnis: Ja: 32 Nein: 0 Enthaltungen: 2

Der Antrag ist angenommen.

Herr Pauli regt an, dass sich die Kammer am Weltsuizidpräventionstag beteiligen soll. Frau Hillenbrand unterstützt den Vorschlag, das Thema könnte im Rahmen der nä. DV besprochen werden. Die Kammer ist bereits im Netzwerk Suizidprävention aktiv.

Im Auftrag von Frau Trösken weißt Frau Dr. Conradi darauf hin, dass demnächst eine Schulung für SprachprüferInnen stattfinden soll. Frau Kemper-Bürger ergänzt, dass im Rahmen der Schulung der Ablauf einer Sprachprüfung geübt wird. Der Pool an SprachprüferInnen sollte weitere Personen umfassen. InteressentInnen können sich jederzeit bei der Geschäftsstelle melden.

Herr Krenz beendet die Sitzung mit einem besonderen Dank an alle MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle für Ihr Engagement und Ihren Einsatz. Des Weiteren bedankt er sich bei der DV für die geleistete Arbeit in 2019.

Die Delegiertenversammlungen in 2020 finden wie folgt statt:

- Dienstag, 21.04.2020 – 19 Uhr
- Dienstag, 18.8.2020 – 19 Uhr
- Samstag, 21.11.2020 – Ganztags - DV

Die nächste Delegiertenversammlung findet am **Dienstag, 21.04.2020** statt.

Die Sitzung endet um 16:30 Uhr

Berlin, den 17.12.2019

Protokoll versandt am: 17.12.2019
genehmigt laut §13 Abs. 3 der GO
der DV am: 1.1.2020

gez. Wolfgang Nutt
stellv. Sitzungsleitung

gez. Michael Krenz
Präsident

gez. Lissy Klötzner
Protokollantin



Anlagen zum Protokoll:

- Anlage 1 – Namensliste der Anwesenden (im Protokoll)
- Anlage 2 – Änderungsanträge Protokoll 70. DV
- Anlage 3 – Änderungsantrag Protokoll 70. DV
- Anlage 4 – Präsentation Frau Dr. Ertle Blitzumfrage Barrierefreiheit
- Anlage 5 – Resolution Entwurf Approbationsordnung
- Anlagen 6 – Resolution Klimaschutz PTK Berlin mit Resolution des 35. DPT



Anlage 1 Namensliste der Anwesenden – Delegierte

Nr.	Anrede	Name	Vorname	Titel
1	Frau	Bark	Stephanie	
2	Herr	Bertram	Heinrich	
3	Frau	Büchler	Angela	
4	Frau	Conradi	Ania	Dr.
5	Frau	Deutschun	Sabine	
6	Herr	Ebel	Peter	
7	Frau	Eger	Carmen	
8	Frau	Ertle	<u>Andrea</u> Brigitte	Dr.
9	Herr	Franke	Reinhard	
10	Frau	Fricke	Nina	
11	Frau	Gutz	Lea	Dr.
12	Frau	Hefets-Borchardt	Iris	
13	Frau	Hesberg	Lieselotte	
14	Frau	Hesse	Andrea	
15	Frau	Hillenbrand	Dorothee	
16	Frau	Isaac-Candeias	Pilar	
17	Frau	Karameros-Bueschelmann	Archontula	
18	Herr	Kordt	Jan	
19	Frau	Kranewitz	Cornelia	
20	Herr	Krenz	Michael	
21	Frau	Lämmel	Beate	
22	Herr	Luttermann	Alfred	
23	Frau	Lux	Christina	
24	Herr	Melcher	Mario	
25	Frau	Meybohm	Ute	
26	Herr	Müller-Rehberg	Willy-Gerd	
27	Herr	Nutt	Wolfgang	
28	Herr	Oerter	Sascha	
29	Herr	Pauli	Gerhard	
30	Frau	Rohe	Alexandra	
31	Herr	Saecker	Götz	
32	Herr	Schelte	Ronald	
33	Frau	Schweitzer-Köhn	Eva-Maria	
34	Frau	Springer	Angelika	
35	Herr	Thielen	Manfred	Dr.
36	Herr	Tossmann	Hans-Peter	Dr.
37	Frau	Trösken	Anne	Dr.
38	Frau	Voss	Gudrun	
39	Frau	Winklmann	Sonja	



Anlage 1 Namensliste der Anwesenden – Vertreterinnen PiA/KJPIA

Nr.	Anrede	Name	Vorname	Titel
1	Frau	Hackenschmidt	Anke	
2	Frau	Spiegler	Katrin	Dr.
3	Frau	van Noort	Betteke	Dr.
4	Frau	Dragunowa	Olga	

Anlage 1 Namensliste der Anwesenden – Gäste

Nr.	Anrede	Name	Vorname	Titel
1	Herr	Stellpflug	Martin H.	Prof. Dr.
2	Herr	Ellesat	Peter	